Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen AKU (Arbeitskreis Umwelt) Gronau SOFA (Sofortiger Atomausstieg) Münster Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)

8. Dezember 2014

Pressemitteilung

Reuters: Urenco-Eigentümer bevorzugen Börsengang

Atomkraftgegner: "Urananreicherung an der Börse unvorstellbar"

Mit großem Entsetzen reagieren Anti-Atomkraft-Initiativen und der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) auf einen aktuellen Bericht der Nachrichtenagentur Reuters, dass sowohl die Bundesregierung wie auch die britische und niederländische Regierung inzwischen einen Börsengang des Urananreicherers Urenco befürworten. Laut Reuters sei auch weiterhin eine Auktion der Urenco-Anteile im Gespräch. Wichtige Interessenten – wie der französische Atomkonzern Areva – seien jedoch durch eigene massive Finanzprobleme so angeschlagen, dass die angestrebten 10 Mrd. Euro Verkaufserlös fraglich seien. Als möglichen Zeitpunkt für den Börsengang nennt Reuters die Zeit nach der britischen Unterhauswahl im kommenden Mai.

"Es ist absolut unvorstellbar, dass die drei Regierungen weiterhin ernsthaft die militärisch höchst brisante Urananreicherung an die Börse bringen wollen. Die Urananreicherung ist durch die Zentrifugentechnologie der einfachste Weg zur Atombombe. Sollen zukünftig Investmentfonds und Hedgefonds die weltweit zweitgrößte Urananreicherungsfirma leiten? Wer will die neuen Eigentümer kontrollieren? Wer will einen unkontrollierten Weiterverkauf von Aktien verhindern? Warum spielt die Bundesregierung bei diesem Horrorszenario mit", fragt Udo Buchholz vom BBU.

Urenco gehört zu je einem Drittel dem britischen und niederländischen Staat. Das letzte Drittel teilen sich E.on und RWE. Im Hintergrund hat die Bundesregierung jedoch starke Mitsprache- und Kontrollrechte sowie (noch) ein Vetorecht bei jedem Verkauf. Im westfälischen Gronau betreibt Urenco die einzige deutsche Urananreicherungsanlage, die bislang vom Atomausstieg ausgenommen ist. Von Gronau wird jedes 10. AKW weltweit mit Atombrennstoff beliefert.

"Wenn die Bundesregierung es mit der internationalen Nichtverbreitung von Atomwaffentechnologie und dem Atomausstieg in Deutschland wirklich ernst meint, dann muss sie die Börsenpläne und Verkaufsverhandlungen für Urenco stoppen und stattdessen die Urananreicherungsanlage in Gronau stilllegen. Das ist atompolitisch und sicherheitspolitisch die einzig vernünftige und glaubwürdige Entscheidung", forderte Matthias Eickhoff vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen.

Die Anti-Atomkraft-Bewegung wird die weitere Entwicklung der Urenco-Verkaufspläne genau beobachten und wird sich auch immer wieder mit Protestaktionen zu Wort melden.

Link zum Reuters-Artikel:

http://in.reuters.com/article/2014/12/04/urenco-ipo-idINL6N0TO26520141204

Weitere Infos: www.bbu-online.de, www.bbu-online.de, www.urantransport.de, www.kein-castor-nach-ahaus.de